

**Dringliche Interpellation Die Mitte-EVP-Fraktion / SVP-Fraktion:  
«Missbrauch verhindern – Aufhebung des Status S**

In der Antwort der Regierung auf die Einfache Anfrage 61.24.06 «Wird das Asylwesen systematisch missbraucht: Schutzstatus S – quo vadis?» schreibt die Regierung, dass sich die Anzahl grösserer Familien häufe und aufgrund der sprachlichen Gegebenheiten in vielen Fällen die Zugehörigkeit zur Ethnie der Roma zu vermuten sei. Die Bekämpfung der offensichtlichen Missbrauchsfälle beim zuständigen Staatssekretariat für Migration (SEM) scheint eine tiefe Priorität einzunehmen. Solidarität und Kooperationsbereitschaft werden gerade von dieser Gruppe über Gebühr strapaziert. Auch der Schutzbedarf dieser Gruppe scheint fraglich. So stellt das Migrationsamt des Kantons St.Gallen immer wieder fest, dass Roma-Familien kurz nach Gewährung des Schutzstatus und Belegung einer kommunalen Unterkunft die Schweiz wieder verlassen und dafür bei der erstmaligen Ausreise auch von der Rückkehrhilfe profitieren.

Es ist löblich, dass die Regierung des Kantons St.Gallen beim Vorsteher des EJPD mit Schreiben vom 26. Januar 2024 interveniert und um Lösungswege ersucht hat. Da der gegenwärtige Status S für Staatsangehörige aus der Ukraine die Rechtsgleichheit gegenüber Gesuchstellenden aus anderen Ländern verletzt, ist beim Bundesrat auf die Behebung dieses Missstands hinzuwirken. Gerade unter Berücksichtigung dieser Ausgangslage ist es richtig, dass der Schutzstatus S ganz grundsätzlich überprüft wird. Den kriegsbetroffenen Ukrainerinnen und Ukrainern soll weiterhin Schutz geboten werden, dafür ist aber nicht mehr der Schutzstatus S notwendig, sondern es steht das ordentliche Asylverfahren zur Verfügung.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung bereit, beim Bundesrat weitere Massnahmen einzufordern, um Missstände rund um den Schutzstatus S zu beheben?
2. Ist die Regierung gleichzeitig bereit, darauf hinzuwirken, dass Gesuche von Ukrainerinnen und Ukrainern künftig im ordentlichen Asylverfahren beurteilt werden?»

19. Februar 2024

Die Mitte-EVP-Fraktion  
SVP-Fraktion